



Resolution des Themenforums Verbraucherpolitik (26.11.2012)

1 **Transparenz jetzt: Für menschenwürdige und faire Arbeitsbedingungen -** 2 **Unternehmensverhalten offenlegen!**

3 Allein in den letzten drei Monaten sind über 400 ArbeitnehmerInnen bei Bränden in Textil-
4 fabriken in Pakistan und Bangladesh ums Leben gekommen und Hunderte wurden verletzt.
5 Dort wurde für amerikanische und europäische Unternehmen produziert - unter mangelhaften
6 Sicherheitsvorkehrungen zu miserablen, teils menschenverachtenden Arbeitsbedingungen und
7 zu Löhnen, die trotz 70-Stunden-Woche nicht einmal für Essen und Wohnung reichen.

8 Viele global agierende Unternehmen lassen inzwischen da produzieren, wo die Löhne am
9 billigsten und Sicherheits- und Umweltauflagen am leichtesten sind. Das gilt nicht allein für
10 die Textilbranche, ähnliche Zustände sind z.B. auch aus der Elektronikbranche bekannt ge-
11 worden. Niedrige Arbeits- und Materialkosten machen solche Ware attraktiv für Verbrauche-
12 rInnen, wenn sie billig gekauft werden kann - und sehr profitabel für die Wirtschaft.

13 Allein die VerbraucherInnen verantwortlich zu machen für unfaire oder gar menschenunwür-
14 dige Arbeitsbedingungen ist zu einfach. Die vermeintliche Fixierung auf Billig-Preise dient in
15 vielen Branchen beim Wettbewerb um Marktanteile zur Rechtfertigung eines ruinösen Preis-
16 kampfes, der zu Lasten der ArbeitnehmerInnen, der Umwelt, der Qualität, des fairen Wettbe-
17 werbs und letztlich der Gesellschaft geht. Aber VerbraucherInnen haben kaum eine Chance zu
18 wissen, unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen die Ware produziert wurde
19 und wie sich der Preis zusammensetzt, bzw. wie teuer uns alle "billig" zu stehen kommt.

20 Wir fordern: Transparenz über die Produktionsbedingungen deutscher und europäischer Un-
21 ternehmen einschließlich ihrer Lieferketten! Es muss öffentlich werden, wo schlechte Ar-
22beitsbedingungen herrschen und Dumpinglöhne gezahlt werden, wo Umweltstandards unter-
23 laufen werden, wo aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen Arbeitsunfälle passieren
24 oder gar Lebensgefahr besteht, wo Kinderarbeit nicht ausgeschlossen ist und wo freie Ge-
25 werkschaften behindert werden, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen.

26 Eine Pflicht zur Transparenz ist notwendig, um Unternehmen zu gesellschaftlich verantwort-
27 lichen Verhalten zu bewegen, VerbraucherInnen eine informierte Entscheidung bei der Wahl
28 ihrer Produkte zu ermöglichen, und Investoren die Möglichkeit zu geben, Unternehmen auch
29 in Bezug auf die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit zu bewerte-
30 n und entsprechend investieren zu können.

31 Transparenz ist aber auch notwendig, damit VerbraucherInnen verantwortungsvolle Unter-
32 nehmen erkennen können, die sich um gute soziale und ökologische Bedingungen bemühen.

33 **Wir fordern:**

- 34 - Die UN-Leitsätze für die soziale Verantwortung von Unternehmen zur Wahrung von Men-
35 schenrechten müssen als Mindestanforderung wirtschaftlicher Tätigkeit - auch für die Zuliefe-
36 rer - gesetzlich verankert werden Die Verantwortung der Unternehmen für die gesamte Wert-
37 schöpfungskette ist auch in den novellierten OECD-Leitsätzen vorgesehen. Somit gibt also be-
38 reits internationale Regularien, die viele Staaten ratifiziert haben.
- 39 - Unternehmen sollen - unabhängig von ihrer Rechtsform - gesetzlich verpflichtet werden,
40 Informationen zur Geschäftspraxis in Bezug auf Arbeitnehmer- und Menschenrechte, Um-
41 welt- und Klimaschutz bei sich und ihren Lieferanten zu veröffentlichen. Dabei soll die anste-
42 hende Reform der EU-Modernisierungsrichtlinie als Chance genutzt werden, europaweite
43 Standards für die Transparenz zu setzen. Nur so ist eine Vergleichbarkeit gewährleistet. Frei-
44 willige Berichte reichen nicht aus.
- 45 - Die Unternehmen sollen die Hauptlieferanten und Produktionsstandorte offenlegen und die
46 Herkunft ihrer Produkte kennzeichnen.
- 47 - Die veröffentlichten Informationen sollen durch unabhängige Stellen überprüft werden. Ver-
48 stöße gegen die wahrheitsgemäße und vollständige Offenlegungspflicht sollen mit Sanktionen
49 belegt werden.
- 50 - Von Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen Betroffene sollen das Recht erhalten, von
51 den Unternehmen die Offenlegung der relevanten Informationen einzufordern.
- 52 - Es müssen die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Verbrauche-
53 rInnen ihre Möglichkeiten zur Mitgestaltung eines sozial verantwortlichen und umwelt- und
54 ressourcenschonenden Marktes durch informierte und selbstbestimmte Kaufentscheidungen
55 wahrnehmen können.